

Monatsspiegel



Februar 2012



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Der Zwang zum „Sparen“ verschärft die Krise

Für eine alternative Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik in Europa

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise treten die Grenzen und Widersprüche des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems offen zu Tage. Was 2007 als Kreditkrise des Immobilienmarktes in den USA begann, hat auf die Finanzmärkte übergreifen, die Folgen aus Spekulation und riskanter Verschuldung verschärft und mittlerweile zu einer hartnäckigen Krise der gesamten Weltwirtschaft geführt.

In den letzten Jahren war zwar weltweit in Politik und Wirtschaft vollmundig und wohlfeil die Rede von der Notwendigkeit gravierender Regulierungen der Finanzmärkte und von Impulsen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. Regierungen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlich Mächtigen haben sich jedoch weder willens noch in der Lage gezeigt, endlich Schlussfolgerungen aus der andauernden Finanzmarktkrise zu ziehen. Wenige Maßnahmen wurden in die Wege

geleitet, um die die große Mehrheit der Menschen vor deren Folgen zu schützen. Stattdessen werden die Kosten der Krise in unverschämter Weise umverteilt. Banken kommen unter den Rettungsschirm. Bürgerinnen und Bürger bürgen. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

Wem nutzt das?

In einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung (12. Januar 2012) kritisiert der Schriftsteller Ingo Schulze vor diesem Hintergrund „die Abschaffung der Demokratie, die zunehmende soziale und ökonomische Polarisierung in Arm und Reich, (den) Ruin des Sozialstaates, (sowie) die Privatisierung und damit Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ und stellt drei einfache Fragen: „Wem nutzt es? Wer verdient daran? Ist das gut für unser Gemeinwesen?“

Es sei, so Schulze, unfein geworden, diese Fragen zu stellen. Denn: Haben wir

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



nicht alle die gleichen Interessen? Ist es nicht in unser aller Interesse, dass „die Märkte“ wieder funktionieren? Wollen wir nicht alle mehr Aufschwung, mehr Wachstum und Deutschland als Exportweltmeister?

Die Antwort lautet „Nein“: „Nicht in unserem Namen“, ein „Weiter So“ in der Wirtschafts- und Finanzpolitik kann und darf es nicht geben!

Sparideologie in der Euro-Krise

Innerhalb der Eurozone stellt die Krise eine Bedrohung für die weitere europäische Integration dar. Aber anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die

Fortsetzung auf Seite 3

03.02.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 9
06.02.	20:00	Jusos: Unterbezirkskonferenz	August-Bebel-Haus	S. 16
08.02.	20:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Waldschänke	S. 12
08.02.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Biergarten Röthelheim	S. 13
11.02.	13:00	Mahnwache Energiewende	Hugenottenplatz	S. 9
14.02.	20:00	Distrikt Innenstadt: Jahreshauptversammlung	Kulisse	S. 12
14.02.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 13
15.02.	15:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 16
15.02.	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Güthlein	S. 15
15.02.	19:30	Veranstaltung „Islamischer Religionsunterricht – Wenn ja, wie?“	Novotel	S. 6
15.02.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 4
16.02.	18:00	Bildungsdialog	Hallerhof, Buckenhof	S. 3
20.02.	20:15	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
21.02.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 11
22.02.	20:00	Arbeitsgruppe „Soziale Fragen ...“	August-Bebel-Haus	S. 5
22.02.		Politischer Aschermittwoch	Vilshofen (Bus ab Erlangen)	S. 7
28.02.	20:10	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaaurach	S. 11
29.02.	19:30	Distrikt Anger-Bruck: Jahreshauptversammlung	FSV Bruck	S. 11
11.03.	11:00	Frauenempfang	Volkshochschule, Großer Saal	S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

diese Krise ausgelöst haben, in Frage zu stellen, haben die europäischen Behörden Griechenland und anderen, am Rande der Eurozone gelegenen Ländern Sparprogramme auferlegt und eine zentrale Strategie ausgearbeitet, um in allen Mitgliedsstaaten eine restriktive Haushaltsdisziplin durchzusetzen (siehe Euro-Memorandum 2011). Die Ideologie des Sparens aus der Krise, von Merkel und Sarkozy erzwungen, ist Teil des Problems und nicht der Lösung.

Wesentliche Ursache für die aktuelle Krise sind die enormen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte in der Eurozone. Hier trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: Die starke Zunahme der deutschen Exportüberschüsse wurde über eine reale Abwertung gegenüber den anderen Euro-Staaten erzielt, die durch sinkende Reallöhne und Sozialtransfers herbeigeführt wurde.

Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind dabei jedoch nicht diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind. Die Sparpakete, die in vielen Euro-Ländern verabschiedet wurden, treffen vor allem die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner und andere, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Eine Erhöhung von Staatseinnahmen durch eine Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen spielt dagegen eine untergeordnete Rolle bei der Haushaltskonsolidierung.

Verantwortung wahrnehmen

Deutschland ist auch bei der Krisenbewältigung in einer zentralen Position: Für einen funktionierenden europäischen Wirtschaftsraum müssen die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte beseitigt werden. Das deutsche Kapital sowie die deutschen Banken haben die Krise mitverursacht und profitieren jetzt von ihr. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat die Umverteilung von unten nach oben und von Süd nach Nord noch zusätzlich verschärft. Es ist deshalb eine Politik für stärkere Binnennachfrage notwendig. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen muss umgekehrt werden. Dies ist nicht nur die Angelegenheit der Tarif-

parteien. Der Staat muss Umverteilung über das Steuer- und Abgabensystem sowie die Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen vorantreiben und zum anderen Impulse für Innovation, Wachstum und Beschäftigung setzen.

Statt Verantwortung wahrzunehmen, wird das neoliberale Spar-Korsett, das schon im Maastrichter Vertrag angelegt wurde und für die derzeitige Krise mitverantwortlich ist, wieder als Roskur-Medizin verordnet. Die Länder der EU sollen sich dazu verpflichten, Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen aufzunehmen und sich strikteren Defizitkontrollen zu unterwerfen.

Beim letzten (von unzähligen) Euro-Krisen-Gipfeln wurden keine hinreichenden Festlegungen zur Verschärfung der Kapitalregeln für Großbanken oder für Bankenabgaben und Finanzmarktsteuern vereinbart, dagegen aber der rigide Sparkurs für die nationalen Haushalte zu Lasten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bekräftigt.

Künftig dürften EU-Staaten in langen Abschwungphasen zu mehr Sparen gezwungen werden, was diesen verlängert und so die Verschuldung vergrößert statt reduziert. Gleichzeitig wird ihnen verboten, wirtschaftlich sinnvolle Investitionen über Verschuldung zu finanzieren, was im Grunde sowohl für die „Schuldenländer“ als auch für die „Exportnationen“ in der Wirkung kontraproduktiv ist.

Faktisch soll einfach nur gespart werden, und zwar für unbefristet lange Zeit.

Gemeinsame europäische Anleihen (Eurobonds) oder massive Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) soll es hingegen nicht geben. Damit steht fest: Diese Beschlüsse werden die aktuelle Krise nicht beenden.

Kurswechsel notwendig

Ein Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration ist notwendig. Die oben geschilderte Analyse und auch die nachfolgenden Forderungen hat der SPD-Kreisverband in einem Antrag an den Bundesparteitag 2011 formuliert. Die bloße Orientierung an der Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat insbesondere Länder mit Leistungsbi-

„Noch 45 km
bis zur nächsten
Schule?“

„Erst 10 und schon
aussortiert?“

EINLADUNG ZUM BILDUNGSDIALOG

16. Februar 2012, 18–20 Uhr,
Hallerhof, Tennenloher Str. 3, 91054 Buckenhof

Gemeinschaftsschule!

Die bessere Antwort für Bayern.



DIE GEMEINSCHAFTSSCHULE IM GESPRÄCH – REDEN SIE MIT.

Die Gemeinschaftsschule steht für ein gerechteres Bayern mit gleichen Bildungs- und Zukunftschancen für alle. Nach einem Gespräch mit Kommunalpolitikern und einer Präsentation, wie in einer Gemeinschaftsschule unterrichtet wird, möchten wir gerne mit Ihnen diskutieren. Wir sammeln Ihre Meinungen und bringen sie in den Landtag ein. Ihr örtlicher Abgeordneter und die SPD-Bildungsexperten freuen sich auf Sie.

Herzlichst

Markus Rinderspacher
Fraktionsvorsitzender

Stefan Schuster
MdL für Erlangen-Höchstadt

Angelika Weikert
MdL für Erlangen

Wir bitten um Ihre Anmeldung. Per E-Mail unter stefan.schuster@bayernspd-landtag.de, per Telefon unter (0911) 4389 66 0 oder per Telefax unter (0911) 4389 66 9
• Mehr Informationen finden Sie unter www.gemeinschaftsschule-bayern.de

lanzdefiziten immer weiter belastet. Europa braucht eine bessere wirtschafts-politische Koordinierung. Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa nur immer weiter in die Krise. Es ist der falsche Weg, die EU zu einer Sanktionsebene umzubauen, um in allen Staaten einen Sparkurs durch-zudrücken. Beinahe alle Versuche in der Vergangenheit, in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte einzu-leiten, sind gescheitert. Denn auf diese Weise wird die Wirtschaft mitten in der Krise in die Knie gezwungen und die Ge-fahr einer langanhaltenden Deflation heraufbeschworen. Diese würde sämt-liche Konsolidierungsanstrengungen ad absurdum führen und massive ökonomische und soziale Verwerfungen nach sich ziehen.

Deshalb sind nachfolgende Forde-rungen unabdingbar:

- Eine Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der EU-Mit-gliedstaaten mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, eines gleichmäßigen Wirtschafts-

wachstums und einer (auch zwis-chen den Mitgliedsstaaten) aus-geglichenen Leistungsbilanz.

- Ein Europäischer Stabilisierungs-fonds, der in Notsituationen und bei rasch steigenden Refinanzie-rungszinsen umgehend zur Unter-stützung fähig ist.
- Die Einführung von Eurobonds (Europäischen Anleihen), deren Zinsen den (gewichteten) Durch-schnittsbonitäten der Eurostaaten entsprechen.
- Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes; die bisherige Regelung mit dem willkürlich fest-gelegten Drei-Prozent-Kriterium ist zu starr und bedarf einer ökon-omisch sinnvollen Reform. Ein Weg hierzu könnte die vom Institut für Makroökonomie und Konjunktur-forschung (IMK) vorgeschlagene Orientierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts am Leistungs-bilanz- statt am Haushaltssaldo sein.
- Eine Zielsetzung der EZB, in der neben die Preisstabilität gleichbe-rechtigt ein gleichmäßiges Wirt-

schaftswachstum und ein hoher Beschäftigungsstand treten.

Zu Verhinderung weiterer Spekula-tion gegen EU-Mitgliedsstaaten ist außer-dem eine Regulierung der Finanzmärkte dringend erforderlich. Dazu gehört un-ter anderem die Einführung einer Fi-nanzmarkttransaktionssteuer auf inter-nationaler und, sollte das nicht möglich sein, zumindest auf europäischer Ebene, die Verschärfung der Eigenkapitalanfor-derungen an die Banken, das Verbot des Handels mit Kreditrisiko-Derivaten und das Verbot von Leerverkäufen.

Um abschließend noch einmal Ingo Schulze zu zitieren:

„Demokratie wäre, wenn die Po-litik durch Steuern, Gesetze und Kontrollen in die bestehende Wirt-schaftsstruktur eingriffe und die Akteure an den Märkten, vor allem an den Finanzmärkten, in Bahnen zwänge, die mit den Interessen des Gemeinwesens vereinbar sind.“

Es ist an der Zeit, diese Interessen wie-der klarer zu formulieren und sich mit Bündnispartnern auf ihre Umsetzung zu verständigen.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Februar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- | | |
|--------|--------------------------|
| 02.02. | Wolfgang Allstadt |
| | 50 Jahre |
| 13.02. | Manfred Kirscher |
| | 72 Jahre |
| 15.02. | Frank-Lothar Krawolitzki |
| | 79 Jahre |
| 15.02. | Ingeborg Körner |
| | 83 Jahre |
| 19.02. | Martha Hartner |
| | 87 Jahre |
| 21.02. | Alfred Scherrer |
| | 65 Jahre |
| 23.02. | Elisabeth Sigwart |
| | 70 Jahre |
| 24.02. | Inge Aichele |
| | 73 Jahre |
| 24.02. | Elfriede Krauß |
| | 81 Jahre |



- | | |
|--------|----------------------|
| 24.02. | Ursula Rechtenbacher |
| | 78 Jahre |
| 25.02. | Josef Trott |
| | 55 Jahre |
| 26.02. | Stefan Barth |
| | 75 Jahre |
| 26.02. | Magdalena Zoglauer |
| | 65 Jahre |
| 28.02. | Adolf Most |
| | 86 Jahre |

Wirtschaftspoliti-scher Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 15. Februar,
20 Uhr im August-Be-bel-Haus**

Die Themen – außer Aktuelles – kön-nen wir erst am 25. Januar, also nach Monatsspiegel-Redaktionsschluss, vereinbaren und werden sie per Mail-Verteiler mitteilen.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreis-verbands ist auch der WiPo-AK na-türlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mit-arbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Arbeitsgruppe „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“

Wir treffen uns am

**Mittwoch, 22. Februar
(Aschermittwoch) um
20 Uhr im August-Be-
bel-Haus**

Christofer Zwanzig und Helmut Pfister referieren einleitend über den Zusammenhang von Individualität/ Individualisierung, Freiheit und Gerechtigkeit und den damit verbundenen Veränderungen von gesellschaftlicher Lage und Bewusstsein.

In einem nächsten Schritt geht es darum, auf Basis des bisher Erarbeiteten Themen, Zielgruppen und deren Problemlagen konkret zu fassen und politische Handlungsvorschläge zu entwickeln.

Alle bisher diskutierten Materialien können bei Dieter Rosner angefordert werden: dieter.rosner@fen-net.de.

Die Erlanger SPD geht ins Web 2.0!

Seit wenigen Tagen ist die Erlanger SPD unter www.facebook.com/ErlangerSPD bei Facebook vertreten. Der Auftritt auf Facebook soll



eine Ergänzung zu unserer klassischen Homepage sein. In unserem Facebook-Auftritt sollen sich vor allem aktuelle Nachrichten, Veranstaltungsankündigungen und Bilder von unseren Veranstaltungen und aus unserer Geschichte finden. Wer über stimmungsvolle Bilder in digitaler Form aus dem Parteileben von gestern und heute oder aus alten Wahlkämpfen verfügt, ist herzlich eingeladen, diese an Dirk Goldenstein (SPD@dirkgoldenstein.de) zu schicken.

Mit der „Gefällt mir“-Funktion könnt Ihr Euren Freunden Eure Unterstützung für die Erlanger SPD zeigen. Gleichzeitig meldet Ihr Euch damit für den Empfang unserer Nachrichten an.

Internationaler Frauentag Einladung zum Frauenempfang 2012

Der guten Tradition folgend findet auch in diesem Jahr der Frauenempfang des SPD-Unterbezirks am zweiten Sonntag im März statt, also am

**Sonntag, 11. März, 11 Uhr,
in der Volkshochschule Er-
langen, Friedrichstraße 17,
Großer Saal**

Im Mittelpunkt steht der Vortrag von Frau Dr. Martine Herpers, Initiatorin der „Nürnberger Resolution“. Sie wurde 2010 von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly mit dem Frauenförderpreis der Stadt Nürnberg ausgezeichnet. Die Informatikerin Dr. Herpers setzt sich seit

Jahren mit Nachdruck ein für die Verbesserung der Frauenquote in bundesdeutschen Aufsichtsräten. Dabei geht es ihr nicht nur um eine zahlenmäßige Verbesserung des Frauenanteils; sie ist überzeugt und weist dies auch nach, dass Unternehmen mit Frauen in Führungspositionen erfolgreicher sind. Die musikalische Gestaltung übernimmt dieses Jahr Sonja Tonn, die Sängerin mit der starken Stimme in Begleitung von Wulli Wullschläger an der Gitarre.

Die detaillierte Einladung per Mail, Post und über die Medien erfolgt ab Anfang Februar. Sie erscheint auch im Monatsspiegel März 2012.

Herzliche Grüße
SPD- und ASF-Unterbezirk

Fritz Spath ist verstorben

Wir trauern um unseren Genossen Fritz Spath, der nach kurzer, schwerer Krankheit am 10. Januar 2012 gestorben ist.

Über 60 Jahre war Fritz Mitglied unserer Partei, unser Genosse. Mit dem Eintritt ins Berufsleben als Betriebschlosser bei den Nürnberger Straßenbahnen wusste er sofort, wo sein Platz war – in der Sozialdemokratie und in seiner Gewerkschaft ötv (später: ver.di).

Dabei war er keiner, der die großen Reden schwang oder nach Ämtern und Funktionen strebte. Bis in die jüngste Zeit hat er Solidarität nicht gepredigt, sondern gelebt. Man konnte auf ihn zählen. Er hat dort angepackt, wo die Hilfe nötig war, ob als Kassier im Nürnberger Westen, Vertrauensmann oder dann – nach seinem Umzug nach Frauenaarach 1984 – als tatkräftiger Unterstützer, Verteiler, Mit-Organisator in seinem SPD-Distrikt.

Er hat kaum eine Sitzung und Veranstaltung versäumt, weder hier in Frauenaarach noch im Erlanger Kreisverband. Und auch hier war es seine Devise, ruhig zuzuhören, aber dann, wenn es ihm erforderlich schien, auch klar Position zu beziehen, stets ausgleichend und die Sache voranbringend.

Wenn man sich die inhaltlichen Wandlungen und – damit verbunden – auch die Verunsicherungen vor Augen hält, die die



SPD ihren Mitgliedern, Wählerinnen und Wählern in der Vergangenheit ab und zu zumutete, dann ist dieses hohe Maß einer über 60 Jahre andauernden Loyalität, vorbildlich und bewundernswert.

Der Distrikt Frauenaarach bewahrt Fritz Spath ein ehrendes Gedenken. Wir möchten seiner Frau Babette und seiner gesamten Familie unser tiefes Mitgefühl und Beileid aussprechen.

Wir bedanken uns bei Wolfgang Vogel, der für uns und die SPD Erlangen eine Trauerrede bei der Aussegnungsfeier gesprochen hat.

Diskussionsveranstaltung „Islamischer Religionsunterricht – Wenn ja, wie?“ Die Fraktion braucht eure Hilfe!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) im Unterbezirk Erlangen lädt ein zur Diskussionsveranstaltung

**Islamischer Religionsunterricht – Wenn ja, wie?
am 15. Februar, 19:30 Uhr
im Novotel, Hofmannstraße 34, Erlangen**

Es referieren und diskutieren unter der Moderation von **Wolfgang Vogel** zu den Möglichkeiten und Grenzen des islamischen Religionsunterrichts Frau **Grit Nickel**, 2. Vorsitzende der islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen und beratendes Mitglied des Ausländer- und Integrationsbeirates, Herr **Prof. Dr. Mathias Rohe**, Jurist und Islamwissen-



schaftler an der FAU Erlangen-Nürnberg sowie Vertreter/-Innen der christlichen Gemeinden in Erlangen.

Anschließend besteht die Möglichkeit zu weiterführenden Gesprächen bei kleinen Häppchen und Getränken.

Heidrun Meier

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Rathaustelegramm versorgen wir Euch und viele Menschen in Erlangen mit sozialdemokratischen News aus dem Erlanger Rathaus. Auch wenn unser Mailverteiler stetig wächst, könnte er noch größer sein. Dafür brauchen wir Eure Hilfe. Wenn ihr Personen oder Institutionen kennt, die das Rathaustelegramm noch nicht bekommen, es aber gerne hätten, teilt uns bitte die Mailadressen mit, am besten einfach per Mail an spd@stadt.erlangen.de.



Solidarische Grüße
Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Saskia Coerlin
Geschäftsführerin



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* **0,-**onlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

 **Sparkasse
Erlangen**

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Kreismitgliederversammlung diskutierte zu Neonazi-Strukturen und Rechtsradikalismus in Franken

„Wir brauchen so schnell wie möglich ein neues, gut vorbereitetes NPD-Verbotungsverfahren. Die NPD und ihre menschenfeindliche Gesinnung darf nicht länger vom Staat über die Parteienfinanzierung gefördert werden“, forderte der SPD-Kreisvorsitzende Dieter Rosner während der jüngsten Mitgliederversammlung der Erlanger Sozialdemokraten. Klar sei aber auch, dass ein Verbot der NPD nur Teil einer umfassenden Gesamtstrategie gegen neonazistische Umtriebe sein könne. Wie der im Bürgerforum Gräfenberg aktive Diplom-Politologe Marius Köstner zuvor in seinem Vortrag dargestellt hatte, orga-

nisierten sich gewaltbereite Neonazis im fränkischen Raum zunehmend jenseits der Parteistrukturen. Dass zur Strategie der Neonazi-Szene dabei – wie jüngst in Gräfenberg und Fürth geschehen – zunehmend auch die Einschüchterung von Demokraten durch gezielte Anschläge gehöre, sei besonders erschreckend. Notwendig sei aber auch vermehrte Anstrengungen in der politischen Aufklärungsarbeit.

„Wenn jüngste Studien belegen, dass ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung Zusagen ausländerfeindlichen Inhalts zustimmt, ist das alarmierend. Ausländerfeindlichkeit ist nicht ein Prob-

lem an den Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft“, so Köstner. Die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Sandra Radue forderte deshalb ein Umdenken im Kampf gegen rassistische und nationalistische Einstellungen: „Dazu gehört neben wirksamen, dauerhaften und finanziell gut ausgestatteten Programmen zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte vor allem eine Integrationspolitik, die nicht von Abgrenzung und Diskriminierung geprägt ist, sondern allen Menschen die gleiche Würde zugesteht.“ In der anregenden Diskussion äußerten viele der Genossen ihr Entsetzen über die Mordserie der NSU und das damit einhergehende Versagen der Strafverfolgungsbehörden. Der stellvertretende Vorsitzende Dirk Goldenstein: „Politisch motivierte Straftaten von rechts – und zwar nicht erst Mord und Totschlag, sondern bereits Einschüchterung und Sachbeschädigung – müssen mit mehr Härte verfolgt und geahndet werden, da hier auch immer der demokratische Rechtsstaat mit angegriffen ist.“ „Der SPD-Kreisverband wird sich zusammen mit seinen Bündnispartnern aktiv und präventiv gegen die aktuellen rechtsradikalen Entwicklungen in der Region stellen“, so Dieter Rosner.

Fahrt zum Politischen Aschermittwoch

Die Hauptveranstaltung der BayernSPD zum Politischen Aschermittwoch findet auch dieses Jahr in Vilshofen statt, diesmal nicht im Wolferstetter Keller, sondern in einem Festzelt auf dem Volksfestplatz, in dem rund 2.000 Gäste Platz finden.

Von Erlangen aus wird ein Bus nach Vilshofen fahren. Weitere Informationen und Karten gibt es bei Jutta im Unterbezirksbüro (Telefon 09131-8126511, jutta.ledertheil@spd.de).



Antibiotika-Skandal: Nachhaltige Landwirtschaft sichern und Verbraucherschutz stärken!

Liebe Genossinnen und Genossen, rund 15.000 Menschen sterben Fachleuten zufolge jedes Jahr in Deutschland, weil die Krankheitserreger auf Antibiotika nicht mehr ansprechen. Grund dafür ist insbesondere der massenhafte Gebrauch von Antibiotika in vielen Tierzucht-Betrieben.

Eine BUND-Stichprobe zeigt, dass dringend etwas getan werden muss: Jede zweite Hähnchenfleischprobe war mit Antibiotika-resistenten Keimen belastet. Kontrollen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben zudem gezeigt, dass 96 von 100 Masthähnchen Antibiotika erhalten.

Die Tiermast-Fabriken tun dies, weil immer mehr Tiere auf zu engem Raum unter schlechten hygienischen Bedin-

gungen gehalten werden. Nur mit dem massenhaften Einsatz von Antibiotika gelingt es, sie am Leben zu halten.

Die SPD fordert von der Bundesregierung eine wirksame Strategie, die eine Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft fördert: Die im Baurecht verankerten Privilegien für Betriebe mit Massentierhaltung müssen beseitigt, die Umweltgesetzgebung verbessert und das Tierschutzgesetz verschärft werden.

Deutschland braucht – wie z.B. die Niederlande und Dänemark – verbindliche Pläne zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes. Hierzu gehören Schwellenwerte für Antibiotika genauso wie die Verpflichtung der Betriebe, die Sterblich-

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



keitsrate in ihren Ställen offenzulegen.

Für uns Sozialdemokraten gilt: Hohe Tierschutzstandards und eine artgerechte Tierhaltung sind Voraussetzungen für hochwertige Lebensmittel. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen – unabhängig vom Einkommen – sicher sein können, nicht gesundheitsschädliche Lebensmittel zu erhalten.

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Seehofer muss die Situation älterer Arbeitnehmer verbessern

Pünktlich zum Jahresbeginn forderte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, die Rente mit 67 angesichts der nach wie vor schlechten Situation älterer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen. Einmal mehr handelte es sich um ein populistisches Manöver: Noch im Dezember war im Bundestag ein Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion, die zum 1. Januar 2012 beginnende schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auszusetzen, an der Koalitionsmehrheit gescheitert. Was Seehofer mit seinem Populismus offenbar überdecken will: Gerade in Bayern ist die Situation älterer

Jeder fünfte Arbeitslose ist zwischen 55 und 65 Jahren alt. Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss des SPD-Bundestagparteitags konsequent: „Der für das Jahr 2012 vorgesehene Einstieg in die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist auszusetzen, weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind.“ Im Bundestag hat die SPD-Fraktion auf Grundlage dieses Beschlusses umgehend gehandelt.

Situation in Bayern ernst nehmen

Dass Seehofer in den Medien eine Aussetzung der Rente mit 67 fordert, während seine CSU die entsprechende Initiative der SPD im Bundestag abbügelt, zeigt die Doppelzüngigkeit seines Vorstoßes. Vor allem gelingt es ihm so, von den Problemen älterer ArbeitnehmerInnen in Bayern abzulenken. Denn die Landesregierung ruht sich auf der im Bundesvergleich niedrigen Arbeitslosenquote bei den 55- bis 65-Jährigen

aus (5,4 Prozent). Der bayerische Sozialbericht für 2011 und die Arbeitsmarktdaten hingegen zeichnen auch für Bayern eine alles andere als rosige Lage: So ist der Anteil der ausschließlich geringfügig oder lediglich in Teilzeit Beschäftigten in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen auch hier überproportional hoch. Im März 2011 war jeder zweite Langzeitarbeitslose in Bayern zwischen 50 und 65 Jahren alt. Der Anteil älterer Erwerbsloser in Bayern lag im Dezember 2011 bei 22,9 Prozent und damit trotz eines überdurchschnittlichen Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr noch immer deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt (18,8 Prozent).

Alarmierend sind zudem weitere Zahlen aus dem bayerischen Sozialbericht: In Bayern verlieren ArbeitnehmerInnen zwischen 55 und 64 Jahren im Bundesvergleich häufiger aus gesundheitlichen Gründen ihre Beschäftigung. Besonders

■ **Von Angelika Weikert MdL**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



deutlich ist die Diskrepanz im Falle der 55- bis 59-Jährigen: 2008 gingen in Bayern 28,7 Prozent dieser Altersgruppe aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand, während es in Westdeutschland 25,3 Prozent waren. Insgesamt liegt das Ruhestandseintrittsalter in Bayern im Durchschnitt bei 58 Jahren, aus gesundheitlichen Gründen durchschnittlich sogar bei 53 Jahren.

Statt nur herumzutönen muss Seehofer nun endlich handeln: Die Rente mit 67 muss – wie von der SPD gefordert – ausgesetzt werden. Es müssen rasch konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation älterer Arbeitnehmer ergriffen werden, z. B. durch einen gesetzlichen Mindestlohn und einen altersgerechten Umbau der Arbeitswelt. Vor allem aber sind Nachbesserungen bei der sogenannten Instrumentenreform der schwarz-gelben Bundesregierung notwendig. Denn in der jetzigen Form droht die Reform durch Kürzungen bei Wiedereingliederungsmaßnahmen gerade die Situation älterer Arbeitnehmer und Arbeitsloser weiter zu verschlechtern.



ArbeitnehmerInnen nicht gut und droht sich durch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung weiter zu verschärfen.

Rente mit 67 aussetzen

Bei der Einführung der Rente mit 67 durch die Große Koalition im Jahr 2007 setzte die SPD-Bundestagsfraktion eine Überprüfungsklausel durch: Von 2010 an muss die Bundesregierung alle vier Jahre über die wirtschaftliche und soziale Situation von älteren ArbeitnehmerInnen berichten. Auf dieser Grundlage soll beurteilt werden, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze vertretbar bleibt.

Die Arbeitsmarktzahlen im Dezember 2011 sprechen eine klare Sprache: Die Arbeitslosenquote der 55- bis unter 65-Jährigen liegt mit 8,2 Prozent deutlich über der Bundesquote von 6,6 Prozent. Während die Arbeitslosenzahl insgesamt um 7,7 Prozent zurückging, gab es bei den Älteren nur ein Minus von 2,3 Prozent.

Landtags-Bürgerbüro wieder geöffnet

Das Erlanger Bürgerbüro unserer SPD-Betreuungsabgeordneten im Landtag, Angelika Weikert, ist nach einer elternzeitbedingten Unterbrechung ab Januar 2012 wieder regelmäßig besetzt. Als Ansprechpartner für Eure Anliegen steht Euch im August-Bebel-Haus von Dienstag bis Donnerstag jeweils zwischen 8.30 und 12.30 Christofer Zwanzig zur Verfügung. Das Bürgerbüro ist telefonisch unter 09131/812 65 44 sowie per Mail unter erlangen@angelika-weikert.de zu erreichen. Wir freuen uns auf den Kontakt mit Euch!

„Atomausstieg light – Energiewende offen“...

... unter diesem Titel hat die Erlanger SPD im Sommer letzten Jahres – im Konsens mit dem breiten Erlanger Bündnis „Atomausstieg jetzt!“ – Stellung bezogen zum „Atomausstiegs“-Konzept der Bundesregierung, das dann auch vom Bundestag beschlossen wurde. Die in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachte Einschätzung hat sich mittlerweile leider bestätigt: Nicht nur, dass der Ausstieg aus der Kernenergie wesentlich schneller erfolgen könnte und müsste, hat sich bewahrheitet, auch die vollmundig verkündete, aber inhaltlich unzureichende, dringend notwendige Energiewende Gefahr läuft, zu scheitern. Bund und Länder können sich nicht auf die Umsetzung einigen, die Förderung der Erneuerbaren Energien gerät mehr und mehr unter Beschuss, die Kommunen – dort vor allem muss die Energiewende ansetzen – werden finanziell und organisatorisch allein gelassen, dort, wo wie

in Erlangen zukunftsweisende Konzepte mit konkreten Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, wird von der CSU/FDP/FW-Mehrheit im Stadtrat die Verbindlichkeit für Verwaltung und Töchter der Stadt mal eben schnell aus dem Beschlusstext herausgestimmt, das Grundübel der Energiewirtschaft, die Monopolstellung der vier großen Energieversorgungsunternehmen wird nicht angetastet usw. usf.

Vor diesem Hintergrund und im Zusammenhang mit bundesweit geplanten Aktionen im Vorfeld des Jahrestages

der Fukushima-Katastrophe am 11. März ruft daher die Erlanger Initiative „Atomausstieg jetzt!“, dem von Anfang an auch die Erlanger SPD angehört, auf zu einer

**Mahnwache
am Samstag, den 11. Februar
um 13 Uhr, auf dem
Hugenottenplatz.**

Durch möglichst zahlreiche Beteiligung wollen wir öffentlichen Druck machen für die Vervollständigung des Atomausstiegs und die Durchsetzung einer wirklichen Energiewende und auf deren untrennbare Verbindung aufmerksam machen.

Helmut Pfister, Andreas Richter

Der Präsident und die Vollversammlung

„Warnschuss für Gröske“ titelte die Süddeutsche Zeitung am 15. Dezember, zwei Tage nach der Vollversammlung der FAU-Studierenden. Diese forderten den Präsidenten der Universität auf ihrer Zusammenkunft spontan per Abstimmung zum Rücktritt auf. Dass die Hochschulpolitik des Befürworters der Studiengebühren bei den Studierenden der Universität nicht ankommt, überraschte wohl nur die Medien und ihn selber.

Die Wiederwahl zum Präsidenten im Jahr 2009 wurde von Protesten der Studierenden begleitet. Vom einzigen studentischen Mitglied im 14-köpfigen Hochschulrat bekam der Kandidat keine Stimme. Kritisiert wurde schon damals sein Streben nach Ökonomisierung der Hochschule und der Begriff der „Ware Bildung“. Wichtig scheint vor allem der Verwertungsgedanke zu sein, weniger die individuelle Entwicklung. Auch der Rat der Stadt Erlangen beißt sich an ihm die Zähne aus, siehe die Debatte um die Entfernung des Links zur Burschenschaft Frankonia von der Universitäts-homepage.

Doch das wirkliche Problem ist ein anderes: Die Studienbedingungen durch infrastrukturelle Unterfinanzierung und den Doppeljahrgang sind in einigen Bereichen unterirdisch, was die Universi-

■ **Von Keno Kunkel**
Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe



tätsleitung unter dem Vorsitz Gröskes jedoch nicht interessiert. Stattdessen sind Spitzenforschung und Elite bestimmende Maxime. Während der Präsident vor allem auf internationalen Reisen unterwegs ist, werden an der FAU fortlaufend für die Lehre dringend notwendige Stellen eingezogen, um sie in Prestige-projekte in der Forschung zu stecken. Die Stärken der Universität in einigen (vor allem technischen und medizinischen) Forschungsfeldern werden so zwar weiter gestärkt, Investitionen in die Lehre und andere, gerade nicht mit Aufmerksamkeit in Politik und Wissenschaftsgemeinschaft versehene Fächer dagegen werden anscheinend als überflüssig betrachtet. So scheint die Philosophische Fakultät nur noch ein lästiger Anhang der großen „Marke“ FAU zu sein.

Dass all die Kritik nun als unbegründet zurückgewiesen wird, ist wahrscheinlich der typische Reflex eines Präsidenten, ganz egal, ob dieser im Markgrafenschloss oder im Schloss Bellevue residiert.

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossen und Genossen ein zum

**Diskussionsabend
am Freitag, 3. Februar,
20 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25**

Themen:

- Aktuelles (u.a. Bundesparteitag, Neonazis, „Euro-Krise“)
- weitere Themen werden aktuell festgelegt

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

März 2012

23. Februar 2012, 12:00 Uhr

Beiträge zur Debatte um das Erlanger Ausländeramt

SPD-Spitze empört: „Wir halten die Ermittlungen des Staatsschutzes gegen Kritiker der Ausländerbehörde für überflüssig“

Pressemitteilung der SPD Erlangen vom Dezember 2011

Mit völligem Unverständnis reagieren der Erlanger SPD-Parteivor-sitzende Dieter Rosner und der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik auf die Nachricht, dass mittlerweile der Staatsschutz gegen



diejenigen Organisationen ermittelt, die ihre Kritik an der Erlanger Ausländerbehörde öffentlich formuliert haben. Dass sich die Polizei aufgrund einer Anzeige in die Ermittlungen einschaltet ist noch nachvollziehbar. Dass die Staatsschutzabteilung diese Aufgabe übernimmt ist völlig unverständlich. Der Staatsschutz ermittelt in der Regel dann, wenn ein Delikt vorliegt, das den demokratischen Rechtsstaat gefährdet oder wenn es gilt, rassistisch oder extremistisch motivierte Straftaten zu verhindern oder aufzuklären. „Wird die berechtigte Kritik an der Ausländerbehörde Erlangen als staatsbedrohende Aktivität im Rahmen ordnungsbehördlicher Maßnahmen eingeschätzt?“ fragen Rosner und Janik.

Die Staatsschutzabteilungen der Polizei haben ihrer Ansicht nach aufgrund aktueller Vorfälle genügend wichtigere Aufgaben zu erledigen, als gegen aufrechte Demokraten zu ermitteln, die sich für die Einhaltung der Grundrechte von Flüchtlingen einsetzen und in diesem Zusammenhang einige indiskutable Entscheidungen der Erlanger Ausländerbehörde öffentlich kritisieren. Das jetzige Vorgehen kann leider auch als Einschüchterungsversuch missverstanden werden. Diesen Eindruck gilt es so schnell wie möglich auszuräumen.

Jusos Erlangen solidarisieren sich mit dem Ausländer- und Integrationsbeirat: Verhalten der Stadt ist fatal für die „weltoffene“ Hugenottenstadt

Pressemitteilung der Jusos Erlangen vom Dezember 2011

Die Jusos Erlangen solidarisieren sich anlässlich der Beschuldigung von Seiten der Ausländerbehörde und der Stadt mit dem Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirat und dessen Kritik an der Behandlung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in Erlangen. Der Vorsitzende der Erlanger Jusos, Munib Agha, erläutert dies:

„Regelmäßig betonen die Mitglieder der Stadtratskoalition, aber insbesondere der Oberbürgermeister, wie weltoffen die Hugenottenstadt doch sei, und wie stolz man darauf ist. Die Tatsache, dass der Oberbürgermeister unverhohlen mit eine Klage droht („die Stadt werde sich rechtliche Schritte gegen die Initiatoren der Pressekonferenz vorbehalten“), anstatt sich auf die Seite des Ausländerbeirats zu stellen, zeigt allerdings, dass es sich bei seinen Aussagen nur um PR handelt.

Aufgrund der Inkonsequenz im Handeln des Oberbürgermeisters haben wir das Gefühl, dass hier zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Ausländern unterschieden wird. ‚Gute‘ Ausländer, die als qualifizierte Arbeitskräfte willkommen sind und ‚schlechte‘ Flüchtlinge und Asylbewerber, die man trotz der Verfolgung in ihrem Heimatland so schnell wie möglich und mit allen verfügbaren Mitteln abschieben muss. Dieses Bild passt gerade nicht zur Hugenottenstadt, die von politischen Flüchtlingen zu dem gemacht wurde, was sie heute ist.

Deswegen fordern wir den Oberbürgermeister auf, nicht nur auf eine Klage zu verzichten, sondern die Stadtverwaltung anzuweisen, alle kommunalen Ermessensspielräume zu nutzen, um auf diesem Weg der restriktiven Ausländer- und Flüchtlingspolitik von Bund und Land entgegen zu wirken.“

Leserbrief zum Thema

Während die Stadt Nürnberg Anzeigen für die Demos gegen Rechtsextremismus veröffentlicht hat, droht die Stadt Erlangen in Form des Oberbürgermeisters mit einer Anzeige u.a. gegen den Ausländerbeirat, der Hauptmitveranstalter dieser Demos ist. Freilich geht es dabei um etwas völlig anderes als die Demo. Trotzdem ist dies ein Detail, das die absurde Situation, dass der Oberbürgermeister eine Klage der Stadt gegen den eigenen Ausländerbeirat als Überbringer der schlechten Nachrichten erwägt, noch deutlicher macht.

Da der Ausländerbeirat ein Organ der Stadt ist, sollte diese ihm dann wenigstens auch Rechtsschutz gegen ihre eige-

ne Klage gewähren. Auch wenn es dann noch skuriler wird.

Sicherlich war das Nennen des kompletten Namens des Mitarbeiters im Ausländeramt ein Fehler. Schließlich liegt die politische Verantwortung für eine unsägliche Flüchtlingspolitik beim Oberbürgermeister, bei der CSU und beim CSU-Innenminister in München.

Ein viel größerer Fehler ist, gegen Kritik mit juristischen Mitteln vorzugehen – das gilt für den Mitarbeiter wie für den Oberbürgermeister. Um das ganze noch zu toppen, kommt der Staatsschutz auch noch auf die Idee, der unbegründeten Anzeige nachzugehen. Bei den rechten Terrorakten hingegen ermittelte der Staats-

■ Von Dr. Andreas Richter



schutz völlig unzureichend. Wer wird von dieser Behörde aus welchem Grund eigentlich geschützt und wer nicht?

Die Stadtspitze muss nun sicherstellen, dass der Spielraum für einen fairen und menschenfreundlichen Umgang mit Flüchtlingen genutzt wird statt Ermessensentscheidungen gegen die Flüchtlinge zu treffen. Sonst wird das Erlanger Motto „Offen aus Tradition“ zur Farce, wie Ralf Kohlschreiber in den EN richtig kommentiert hatte.

Einladung zur Jahreshauptversammlung 2012

Zur Jahreshauptversammlung des SPD-Bezirks Anger-Bruck lade ich hiermit alle Mitglieder des Distrikts und alle weiteren interessierten Genossinnen und Genossen ein.

Die Versammlung findet statt am

**29. Februar um 19:30 Uhr
im Jahnstüberl des
FSV Bruck**

Auf der **Tagesordnung** stehen folgende Punkte:

- Begrüßung
- Bericht des Distriktsvorsitzenden
- Kassenbericht
- Bericht der Kassenprüfer und Entlastung
- Termine 2012
- Wünsche und Anträge

Ergänzende Anträge und Anregungen bitte ich bis zum 22. Februar 2012 an den Vorsitzenden zu senden.

Solidarische Grüße
Gerd Worm

■ Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:

Gerd Worm

Telefon: 304556

Gerd.Worm_SPD@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 21. Februar,
19 Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden

Telefon: 601333

manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden ein zu unserer nächsten

**Distriktsversammlung
am Dienstag, den 28. Februar,
20:10 Uhr, Sportgaststätte des TSV
Frauenaaurach**

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die vor unserer Versammlung etwas essen möchten.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Berichte vom Stadtrat, Ortsbeirat etc.
3. Aktuelles aus dem Distrikt
4. Termine
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Protokoll der Sitzung vom 17. Januar

Top 1: Termine

- Der Sitzungstermin 14. Februar wird verschoben auf den 28. Februar
- Der Sitzungstermin 13. März wird verschoben auf den 27. März
- Etwa im März oder April findet die nächste „Fraktion-vor-Ort“-Aktion statt.
- Im April wird keine Distriktsversammlung stattfinden.
- Anschließend wird am 15. Mai wie geplant wieder eine Distriktsversammlung stattfinden.
- Der Sitzungstermin 12. Juni wird verschoben auf den 26. Juni
- Der Sitzungstermin vom 24. Juli bleibt unverändert

Top 2: Nachruf Fritz Spath

Der Distrikt nimmt tief betroffen Abschied von Fritz.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

■ Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzende:

Elizabeth Rossiter

Telefon: 992619

e.rossiter@web.de

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann

Telefon: 699118

zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
hiermit lade ich Euch ganz herzlich ein
zu unserer

Jahreshauptversammlung am 14. Februar, 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße)

Folgende **Tagesordnung** gibt den Rahmen der Sitzung:

1. Begrüßung und Beschluss über die Tagesordnung
2. Rechenschaftsberichte

3. Aussprache und Diskussion zu den Berichten
4. Arbeitsplanung für das Jahr 2012
5. Verschiedenes

Wir freuen uns wie immer auf zahlreiche Teilnahme!

Die weiteren Distriktstermine bis zur Sommerpause stehen auch schon fest. Wir treffen uns nach der JHV auch am 20. März, 24. April, 5. Juni und am 10. Juli.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig

Telefon: 4003764

christofer@zwanzig-online.de

Liebe GenossInnen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

Distriktssitzung am Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr in der Gaststätte Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorschlag für die **Tagesordnung**

- Stadt-Umland-Bahn – aktueller Stand: Bericht von der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Felizitas Traub-Eichhorn
- Aktuelle Themen aus dem Stadtrat und unserem Stadtteil
- Mitgliederbetreuung

Zugleich laden wir Euch bereits jetzt zu unserer Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 21.3.2012, ein. Die Tagesordnung wird im nächsten Monatsspiegel abgedruckt.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig, Birgit Hartwig

Kurzprotokoll der Sitzungen im November und Januar

Die Sitzungen im November und Januar standen im Zeichen unserer Jahresplanung für 2012. Inhaltlich wollen wir an die beiden erfolgreichen Veranstaltungen aus der Reihe „Die SPD-Stadtratsfraktion vor Ort“ anknüpfen (Buckenhofer Siedlung, Schronfeld) und weitere Themen aus unserem Stadtteil behandeln. Ein zentrales Thema sind dabei die Planungen zur Stadt-Umland-Bahn. Zudem wollen wir in den Distriktssitzungen auch weiterhin überörtliche Themen diskutieren, z.B. die Themen Finanzmarktkrise und Rechtsextremismus. Zu diesen Themen wollen wir möglichst wieder gemeinsame Sitzungen mit den GenossInnen vom Distrikt Süd durchführen.

Ein zentrales Thema für das Jahr 2012 wird zudem die Mitgliederbetreuung bleiben. Bereits bei der Sitzung im Februar wollen wir konkret aufteilen, wer von uns gezielt Mitglieder in unserem Stadtteil ansprechen und für die aktive Mitarbeit gewinnen kann.

Zur Distriktsversammlung im Januar konnte die Vorsitzende, Brigitte Rohr, zahlreiche Genossen begrüßen. Neben einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr standen vor allem die geplanten Aktivitäten und Aktionen des Distrikts auf der Tagesordnung. Nach einer angeregten und konstruktiven Diskussion wurden folgende Eckpunkte festgelegt:

Der Internetauftritt des Distrikts soll umgehend aktualisiert werden, die amtierenden Vorstandsmitglieder werden vorgestellt. Geplant ist eine Veranstaltung „Fraktion vor Ort“, bei der es um das „schnelle Internet“ geht. Die Telekom hatte Ende vergangenen Jahres Briefe mit dem Logo der Stadt Erlangen verschickt und für die schnelle Datenverbindung geworden. Es besteht offenkundig erheblicher Informationsbedarf.

Bei einer solchen Veranstaltung können weitere Themen angesprochen werden, so z.B. die Busverbindungen im Süden. Angedacht ist auch, den „Südboten“ wieder herauszugeben, eine endgültige Entscheidung darüber wird noch getroffen.

Die nächste Distriktsversammlung findet statt am

Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr im Biergarten Röthelheim

Dazu laden wir ganz herzlich ein.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr
Vorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung (Vorschlag):

1. Aktuelles
2. Neujahrsempfang des Ortsbeirats am 20. Januar: Rückblick und Auswertung
3. Ortsbeiratssitzung am 15. Februar
4. Kassenbericht
5. Bericht der Revisoren, Entlastung
6. Auswertung der Tagung InterAktiv der BayernSPD
7. Ausarbeitung des SPD-Auftritts in der Broschüre des Ortsbeirats „Alles da – alles nah“
8. Verschiedenes

Wir laden euch außerdem schon jetzt herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Dienstag, 13. März, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte

3. Bericht des Vorstandes 2011/12
4. Entlastungen.
5. Neuwahlen
6. Planungen für 2012
7. Verschiedenes.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 13. Dezember

1. Aktuelles

Das Wirtschaftsgespräch der Stadt mit den Gewerbetreibenden in Tennenlohe und dem Ortsbeirat fand diesmal bei der Firma COI Consulting für Office und Information Management, Am Weichselgarten 23, statt, einer kleinen Firma, die im Sommer gemietete Räume bezogen hat und im bestehenden Gewerbegebiet Räumlichkeiten gefunden, also kein eigenes Grundstück benötigt hat. Beklagt wurde vehement die Verkehrssituation (B4 – Tennenlohe) in den Stoßzeiten, was wir bereits in der G6-Diskussion thematisiert hatten, die unmögliche Verkehrsführung für LKWs an der Einfahrt in die Raststätte und die Schneeräumung, die im letzten Jahr, allerdings nicht im laufenden, enorme Probleme bereitet hatte. Vorgestellt wurde neben der Gastgeberin, die sich mit den Problemen digitaler Archivie-

Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter

andreas.m.j.richter@web.de

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

rung befasst und individuelle Lösungsmöglichkeiten entwickelt, eine kleine Firma „Access“, die sich mit der Integration von Behinderten in die Arbeitsprozesse beschäftigt („Inklusion“).

2. Bericht aus dem Ortsbeirat:

Auf der Ortsbeiratssitzung 23. November wurden folgende Themen behandelt:

- Überschwemmungen in Tennenlohe bei starken Regen. Das Thema bleibt weiterhin aktuell, da auch in Zukunft Rückstau im Kanal und damit überschwemmte Keller zu befürchten sind. Die Bürger sollen aufgerufen werden, Regenwasser verstärkt in Gärten versickern zu lassen, um den Kanal zu entlasten. Auch bei neuen Bauvorhaben sollen Regenwasserrückhaltung und -versickerungen vorgeschrieben werden.
- Die Turnhalle der Grundschule Tennenlohe ist renovierungsbedürftig und muss bei starkem Schneefall gesperrt werden. Die Renovierung könnte mit einem Mensabau für die Schule verknüpft werden. Für die Baumaßnahmen sind Zuschüsse und Mittel der Stadt verfügbar. CSU-Stadtrat Jarosch hat einen Antrag auf eine neue Doppeltturnhalle gestellt. Der Ortsbeirat sieht den Bedarf für eine größere Sporthalle in Tennenlohe, Priorität hat jedoch die für die Schule unbedingt erforderliche Mensa.

3. Parteireform

Rolf verteilt Informationen zur Parteireform, in denen zwei Leitanträge des SPD-Parteitags zusammengefasst werden:

a) Partei in Bewegung – Demokratie im Wandel

Mitgliederbeauftragte sollen ernannt werden (ein Mitglied des Vorstandes) mit den Aufgaben Bindung, Betreuung, Rückgewinnung, was im einzelnen noch definiert werden muss. Bei der nächsten JHV werden wir dies berücksichtigen. Auch soll regelmäßig zur JHV ein Mitgliederbericht erstellt werden.

Personalentscheidungen: bei Kampfkandidaturen sollen Mitglieder der jeweiligen Ebene beteiligt werden oder auch Mitgliederbeteiligung in anderen Fällen, wenn 10 Prozent dies beantragen.

Sachentscheidungen: Mitgliederbegehren auch online; Entscheidungsquo-

rum gesenkt auf 20 Prozent. Möglichkeit von Bürgerparteitagen und Bürgeranträgen (für Nichtmitglieder)

Partei öffnen: Wir wollen uns über die genauen Bedingungen der Gastmitgliedschaft (früher Schnuppermitgliedschaft) informieren.

Internet: Initiativen und Anträge virtuell erarbeiten und diskutieren im Sinne der Juso-Antrag zum Parteitag. Weiteres Beispiel: Bürgerhaushalte (siehe Referat von Gert Büttner). Wir wollen die Möglichkeiten für Tennenlohe eruieren.

Europäische Mitgliederpartei: Gemeinsamer Spitzenkandidat der gesamteuropäisch agierenden Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten würde die Akzeptanz von Europawahlen deutlich erhöhen, da die Wähler damit ähnlich wie bei der Bundestagswahl über den „Regierungschef“ entscheiden.

b) Mehr Demokratie leben

Volksentscheide im Grundgesetz: Beteiligungsquorum auf 20 Prozent festgelegt. Antragsteller für Volksbegehren sollen wie parlamentarische Antragsteller behandelt werden, d.h. als Verhandlungspartner im Bundestag auftreten. Damit würden Kompromisse möglich. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen soll das Ergebnis in einem Bundesland wie eine abgegebene Bundesratsstimme behandelt werden.

Kooperative Formen der Demokratie auf lokaler Ebene: Mitwirkung unterschiedlicher Bürgergruppen im Sinne von unterschiedlichen Konsultationsverfahren (runde Tische, Bürgergutachten, Bürgerhaushalte, Planungszellen etc.): Wäre in Kombination mit Internetnutzung eine neue Form der Demokratie, die zu entwickeln wäre. Pilotprojekt Tennenlohe?

4. Rückblick TB

Adolf Most moniert die ironische Bemerkung über den jungen Tennenloher CSU-Vorsitzenden und Stadtrat, der in der G6-Argumentation sich nicht nur mit Ruhm bekleckert hat, und zitiert einen Mitbürger, „so was habe der Tennenloher Bote nicht nötig.“

5. Termine für 2012

Diese werden festgelegt (sind bereits auf der Homepage zu finden).

Hans Hauer/ Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 10. Januar

1. Aktuelles

Diskussion zu den Druckkosten des Tennenloher Boten. Adolf schlägt eine Alternative vor.

2. Sporthalle in Tennenlohe

Die Tennenloher CSU hat einen Antrag für eine Doppelturnhalle in Tennenlohe gestellt. Die SPD Tennenlohe sieht den Bedarf für zusätzliche Hallensportmöglichkeiten. Es werden aber auch Bedenken zur Finanzierbarkeit geäußert und festgestellt, dass die mit einer Renovierung der bestehenden Turnhalle verbunden Erstellung einer Mensa nicht gefährdet werden darf. Andererseits soll bei der Planung einer Mensa der zukünftige Bau einer Doppelhalle nicht verhindert werden.

3. Rodelhügel

Gertrud hat einen Antrag für den Ortsbeirat formuliert, der die Umwidmung des städtischen Grundstück Nr. 484 von landwirtschaftlicher zu Freizeit- und Sportnutzung vorsieht. Auf dem Grundstück könnte ein Hügel für Winter- (Rodeln) und Sommersportaktivitäten entstehen. Das Spielplatzbüro der Stadt

Erlangen steht dem Vorschlag positiv gegenüber. Die SPD Tennenlohe unterstützt diesen Antrag, der auch an die Fraktion weitergeleitet werden soll.

4. Broschüre

In Tennenlohe ist eine Hochglanzbroschüre für gewerbliche und nichtgewerbliche Anbieter von Dienstleistungen geplant. Die Teilnahme der SPD in dem Werbeblatt wird teilweise kritisch gesehen und teilweise als überflüssig eingeschätzt. Trotzdem soll eine Teilnahme erfolgen, wenn die Kosten 50 Euro nicht übersteigen.

5. Internetportal der SPD-Tennenlohe

Die SPD Tennenlohe diskutiert einen eigenen Internetauftritt in Form eines Blogs. Bevor die Diskussion dazu weitergeführt wird, sollen die Planungen des Kreisverbandes Erlangen zum zukünftigen Internetauftritt abgefragt werden.

6. Planungen für 2012

- Wanderung des Distrikts im Frühjahr
- JHV am 13. März
- Einladung der Fraktion für eine Ortsbegehung im September/Okttober
- Gansessen am 11. November beim Fritz

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Aus aktuellem Anlass: Wie geht es weiter mit dem Sprungbecken im Freibad West (maximal bis 21 Uhr)
2. Rechenschaftsbericht, Kassenbericht und Bericht der Revisoren
3. Diskussion der Berichte und Entlassungen

4. Neuwahl des Vorstands/Arbeits-schwerpunkte 2012
5. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat
6. Verschiedenes

Wir würden uns freuen, wenn Ihr zahlreich kommen würdet, die Arbeit des letzten Jahres unter die Lupe nehmt und bei der Planung für 2012 Eure Ideen einbringt.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im Januar diskutierten wir ausgiebig mit Barbara Pfister über „Kommunale Bildungspolitik“. 11 Genossinnen und Genossen fanden sich dazu ein.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

■ AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr im August-Bebel- Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Rechenschaftsbericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von Vorstand und 2 Vertretern/Vertreterinnen im Kreisvorstand
7. Arbeitsplanung 2012
8. Verschiedenes

Die letzte Versammlung war nicht stark besucht, deshalb werbe ich nochmals heftig für die AG 60plus: Probier es einfach aus und komme, dann kannst du selbst beurteilen, ob es der richtige Platz für dich ist.

Ich hoffe auf rege Mitarbeit und grüße
im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Begrüßung durch den Vorsitzenden
Hartmut Wiechert.

Die Tagesordnung wurde genehmigt

2. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll vom 16.11. wurde genehmigt.

3. Aktuelles

Verschiedene von 60plus diskutierte und erarbeitete Themen, wie Gesundheit und Wohnen sowie der demografische Wandel sind in den Leitantrag der SPD beim Bundesparteitag eingegangen. Ferner wurde intensiv über folgende Themen diskutiert: Altersarmut, bedingungsloses Grundeinkommen, wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis und Bürgerversicherung. Den größten Teil der Diskussion nahm jedoch die Kommentierung der „Zwickauer Zelle ein“. Unverständlich ist, wie mit dieser braunen Gefahr seitens des Verfassungsschutzes umgegangen worden ist. Es wurde angeregt, im zweiten Quartal 2012 mit diesen Themen eine KMV zu gestalten.

4. Jahresrückblick

Der Jahresrückblick wurde von Hartmut vorgetragen.

5. Verschiedenes

Jena ist weiter in Arbeit. Geplant ist ein gemeinsames Treffen mit dem Arbeitskreis Frieden und den Jenaer Genossen.

Zum akuten Thema Eurokrise wird Wolfgang Schwedler bei nächsten Treffen ein Impulsreferat halten.

Nächstes Treffen am 26. Januar um 15 Uhr im August-Bebel-Haus.

Ruth Sych

■ Jusos

Vorsitzender:

Munib Agha

munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
am **Montag, den 6. Februar** findet die **Jahreshauptversammlung des Juso-Unterbezirks Erlangen** um 20 Uhr im August-Bebel-Haus statt. Die Einladung erhaltet ihr per Post.

Am **Montag, den 20. Februar** ist wieder eine reguläre **Sitzung des Juso-Kreis-**

verbandes um 20:15 im ABH. Wir werden uns zunächst mit der Wirtschaftspolitik und dem Argumentationspapier der FES beschäftigen.

Rote Grüße

Munib